

III. GENSHAGENER FORUM
FÜR DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN DIALOG

*„Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Solidarität:
Welche Energiestrategie für Europa?“
8. und 9. November 2012
im Schloss Genshagen*

Tagungsbericht

► **Herausgeber**

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Institut Montaigne
38, rue Jean Mermoz
F-75008 Paris

Tel.: + 49 (0)3 37 88 05 931
Fax: + 49 (0)3 37 88 70 013

Tel. + 33 (0)1 58 18 39 29
Fax. + 33 (0)1 58 18 39 28

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

www.institutmontaigne.org
info@institutmontaigne.org

► **Grafische Gestaltung**

Nina Henke

Fotos

Kaja Grope

► **Förderer und Partner des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog 2012**



Robert Bosch Stiftung

EADS



Mit freundlicher Unterstützung von /
Avec l'aimable soutien de:
Deutsche Bank

Medienpartner:

Handelsblatt

LesEchos

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen und dem Institut Montaigne ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen / Institut Montaigne, 2013

III. Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

8. und 9. November 2012

Deutschland und Frankreich unterhalten intensive und privilegierte Beziehungen miteinander, die kontinuierlich gepflegt und ausgebaut werden müssen. Beide Länder sind in entscheidendem Maß dafür verantwortlich, die Rolle Europas im globalen Kontext zu stärken und hierfür gemeinsame Strategien zu entwickeln. Damit dies gelingt, muss die Zusammenarbeit auf Regierungsebene um den Dialog zwischen der deutschen und der französischen Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Vertretern aus Drittländern erweitert werden. Hierin liegen zugleich Sinn und Zweck des *Genshagener Forums*.

Bereits mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Europäischen Atomgemeinschaft vor über 50 Jahren rückte das Thema Energie ins Zentrum des europäischen Integrationsprozesses. Trotz dieser ursprünglich ambitionierten Ziele ist die Energiepolitik eine weitgehend nationalstaatliche Angelegenheit geblieben. Dabei sehen sich die Europäer heute mit zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert, wie etwa der Versorgungssicherheit, der Klimaerwärmung oder der Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Der Energiemix in den einzelnen Mitgliedstaaten und deren Zukunftsstrategien bleiben jedoch unterschiedlich und sind zum Teil sogar gegensätzlich. So wurde die in Deutschland im Jahr 2011 eingeleitete Energiewende in Frankreich als unilaterale und individualistische Entscheidung wahrgenommen. Ebenso führt Frankreichs Festhalten am Atomstrom nach wie vor zu Unverständnis diesseits des Rheins – wie die für das *Genshagener Forum* in Auftrag gegebene Meinungsumfrage belegt. In diesem Kontext hat das *Genshagener Forum 2012* hochkarätige Experten des Energiesektors zusammengebracht. Führungskräfte aus der Wirtschaft, hohe Beamte und Vertreter der Wissenschaft kamen zusammen, um gemeinsame Denkansätze in Deutschland und Frankreich zu den energiepolitischen Herausforderungen Europas auszuloten.



Eröffnungsvortrag und Debatte: *Welche Energiestrategie für Europa?*

Einführung: *Jerzy Buzek*, MdEP, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Brüssel

Debatte:

Claude Mandil, ehemaliger Direktor der Internationalen Energieagentur, Paris

Jean Paul Tran Thiet, Anwalt, White and Case, Paris

Kirsten Westphal, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Christian Peugeot, Beauftragter für internationale Angelegenheiten, PSA Peugeot Citroën, Paris

Moderation:

Matthias Brüggmann, stv. Leiter des Berliner Büros, Handelsblatt / *Thibaut Madelin*, Korrespondent, Les Échos, Berlin

Im Mittelpunkt des Eröffnungsvortrags stand die Frage, wie ein besseres Gleichgewicht zwischen wettbewerbsfähigen Energiepreisen, Versorgungssicherheit und Klimapolitik in einem kohärenten europäischen Rahmen geschaffen werden kann. Das Ziel der Sitzung bestand darin, eine Bilanz der Energiepolitik in Europa zu ziehen und Denkanstöße zur Zukunft der europäischen Energiepolitik zu geben.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich *Jerzy Buzek* die Notwendigkeit, die europäische Energiepolitik mit der bereits existierenden Klimapolitik zu verbinden. Deutschland und Frankreich, beide Hauptenergieverbraucher der Europäischen Union (EU) und eng miteinander verbunden, seien in Bezug auf die Implementierung einer gemeinsamen Energiepolitik unerlässlich. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise solle verhindert werden, dass die Energiepreise weiter steigen, damit das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit nicht untergraben werden. Der Aufbau eines Energiebinnenmarkts trage ohne Zweifel zur Senkung der Energiepreise bei. Das Thema der Versorgungssicherheit müsse aus geopolitischen Gründen auf europäischer Ebene mehr Beachtung finden.

Hierfür müsse Europa gebündelte Käufe organisieren und die Steigerung der Energieeffizienz weiter vorantreiben. Im Übrigen funktioniere die derzeit geführte Klimapolitik nicht problemlos: Die Europäische Union sei lediglich für 14 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, ihre öffentlich deklarierten Ambitionen für internationale Klimaabkommen hätten zu geringen Erfolgen geführt. Zudem bedürfe es einer Reevaluierung der aktuellen Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien unter Berücksichtigung der Produktions- und Zusatzkosten, welche zum Beispiel durch die Unregelmäßigkeit von Wind- und Solarkraft oder durch die umweltzerstörenden Auswirkungen von Biokraftstoffen der ersten Generation entstünden. Laut *Jerzy Buzek* sollte letztendlich eine technologische Neutralität in der Energiepolitik der EU die Priorität darstellen.

Sowohl Atom- als auch Kohlekraftwerke spielten hierbei nach wie vor eine maßgebliche Rolle, wohingegen die Forschung im Bereich der Techniken zum Treibstoffauffang unverzichtbar werde, um Fortschritte bei der Senkung der CO₂-Emissionen zu erzielen. Europa solle sich auch an die Gewinnung von Schiefergas wagen, so *Buzek*.



Jerzy Buzek, Claude Mandil (von links nach rechts)



Jean Paul Tran Thiet, Kirsten Westphal

Diese Themen seien drei Facetten derselben Herausforderung: Vereinbarung von Klimapolitik, Versorgungssicherheit und akzeptablen Preisen. Solch ein Programm sollte, *Jerzy Buzeks* Einschätzungen zufolge, auf positive Resonanz bei der Bevölkerung Europas stoßen.

Jean-Paul Tran Thiet war der Ansicht, dass die europäische Energiepolitik zu sehr auf die Entwicklung erneuerbarer Energien und die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten ausgerichtet sei. Artikel 194 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der 2009 die nationale Souveränität hinsichtlich der Wahl des Energiemixes und der energiepolitischen Außenbeziehungen bekräftigt hat, bedeute einen gewissen Rückschritt im europäischen Einigungsprozess. Auch wenn ein gemeinschaftlicher Energiemix keine realistische Perspektive darstelle, sei eine Koordination für die mittel- und langfristige Kohärenz dieser Politik jedoch notwendig.

Kirsten Westphal bedauerte, dass die in Deutschland eingeleitete „Energiewende“ sowohl im Ausland als auch in Deutschland selbst als ein Widerspruch zur Politik der Europäischen Union aufgefasst werde. Sie unterstrich die Notwendigkeit, die Umgestaltung der deutschen Energiepolitik in einen mit den für 2050 angestrebten Zielen der Europäischen Union verbundenen europäischen Rahmen einzubetten. Im Übrigen, fügte sie hinzu, konzentrierten sich die Diskussionen heute in Deutschland zu sehr auf das Thema Elektrizität.

Claude Mandil merkte an, dass die Versorgungssicherheit vor allem von der Diversifikation der Energiequellen und der Flexibilität der Versorgungsmöglichkeiten abhängt. Einige Mitgliedstaaten seien jedoch immer noch zu abhängig von einem einzigen Zulieferer. Der Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerks bidirektionaler Energieströme, beaufsichtigt durch eine gemeinsame europäische Regulierungsbehörde, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Christian Peugeot warf die Frage auf, ob es für Europa möglich sei, die Standards für CO₂-Emissionen von Fahrzeugen anzuheben. Hohe Standards seien ohne Zweifel eine Quelle für Innovation und Energieeffizienz. Bei zu hohen Standards würden die Kosten allerdings den Gewinn übersteigen, da sich die Hauptkonkurrenten des Automobilsektors in Amerika und Asien nicht an die gleichen Normen halten würden.



Jerzy Buzek, Claude Mandil, Matthias Brüggemann, Thibaut Madelin



Gesprächskreise

Gesprächskreis 1: Agenda 2020 und Roadmap 2050 aus deutscher und französischer Perspektive

Input:

Michel Derdevet, Dozent am Institut d'Études Politiques in Paris und Professor am Europakolleg, Brügge

Andreas Görgen, Siemens Energy Sector, Cluster Lead South West Europe, Saint-Denis

Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen, Berlin

Moderation: *Bernhard Pötter*, die tageszeitung (taz), Berlin

Die Europäische Union hat sich mit der Agenda 2020 und der Roadmap 2050 zwei wichtige Ziele in der Energiepolitik gesetzt. Erstere strebt an, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu verbessern und den Anteil erneuerbarer Energien im Energieverbrauch auf 20 Prozent zu steigern. Die im Jahr 2011 von der Europäischen Kommission angenommene Roadmap 2050 schlägt vor, die CO₂-Emissionen auf ein Viertel zu reduzieren. Sind diese Ziele umsetzbar? Wie können Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten, um sie zu erreichen?

Michel Derdevet unterstrich, dass in Krisenzeiten in Europa diese Ziele nicht an eine Wettbewerbssituation der Energiepreise - weder für die Industrie noch für die Haushalte - gekoppelt werden sollten. Auch wenn das Ziel, die Kernkraft durch erneuerbare Energien zu ersetzen, technisch für Deutschland möglich sei, blieben wirtschaftliche und infrastrukturelle Probleme bestehen, wie zum Beispiel die nicht ständig zur Verfügbarkeit stehenden erneuerbaren Energien und die Adaptation der Stromnetze, welche mit hohen Konstruktions- und Anpassungskosten verbunden seien. Die Miteinbeziehung der Bürger in diese Überlegungen sei unbedingt notwendig, damit ihnen die mit den Beschlüssen verbundenen Kosten bewusst seien.

Christian Hey rief zu mehr Realismus hinsichtlich der Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit im Energiebereich auf. Es könnten jedoch gemeinsame Nenner gefunden werden, sei es hinsichtlich der Ziele zur CO₂-Senkung oder in der Kooperation bezüglich der Energieeffizienz, der grenzüberschreitenden Netze oder der Entwicklung erneuerbarer Energien.

Andreas Görgen plädierte für ein großes Investitionsprogramm, das deutsch-französische und europäische Partnerschaften mit einschließt. Seiner Ansicht nach werde die Beteiligung von Privatkapital an diesen Projekten unbedingt erforderlich sein.

Es wurden noch weitere Themen im Rahmen dieses ersten Gesprächskreises angesprochen, wie zum Beispiel die Notwendigkeit, sich angesichts der diskontinuierlich zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien Gedanken über Stromspeichermöglichkeiten zu machen. Zudem könnten sich Deutschland und Frankreich ein Beispiel an den bewährten Regulierungssystemen des Partnerlands nehmen. In der Tat benötige Frankreich genau da eine stärkere Dezentralisierung der Energiepolitik, wo für Deutschland eine Konsolidierung der Energiepolitik auf Bundesebene von Vorteil wäre.



Michel Derdevet, Andreas Görgen



Christian Hey, Bernhard Pötter, Michel Derdevet

Gesprächskreis 2: Energieeffizienz - Politische Anreize und wirtschaftliche Modelle

Input:

Yannick Perez, Associate professor, Supélec, Paris

Lars Porsche, Referat Ländliche Infrastruktur, Kulturlandschaften, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

François Loos, Präsident der französischen Energie- und Umweltagentur ADEME, Paris

Rouzbeh Rezakhanlou, Abteilungsleiter „Handel und Strategie“, EDF, Paris

Moderation: *Matthias Brüggemann*, stv. Leiter des Berliner Büros, Handelsblatt

Wie kann die Energieeffizienz in Europa vorangetrieben werden? Welche Lehren können wir aus den schon begonnenen Politiken in Deutschland und Frankreich ziehen?

Laut *François Loos* könnte Frankreich bis 2030 den Energieverbrauch in Wohngebäuden um 30 Prozent und den Verbrauch in Gebäuden des Dienstleistungssektors um 20 Prozent senken. Im Bereich Verkehr könnte der Verbrauch im gleichen Zeitrahmen um 18 Prozent reduziert werden.

Yannick Pérez verwies jedoch auf die Schwächen der französischen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Wohngebäuden. Bezüglich der Senkung der CO₂-Emissionen, des Energieverbrauchs oder der Energiekosten seien die in den Maßnahmen festgelegten Ziele nicht immer eindeutig. Gleichzeitig fehle es in einem Land mit regulierten und niedrigen Energiepreisen an den notwendigen Anreizen zum Energiesparen.

Rouzbeh Rezakhanlou zufolge sollten sich die öffentlichen Entscheidungsträger zur Steigerung der Energieeffizienz auf die vier Millionen Wohnhäuser mit dem höchsten Energieverbrauch konzentrieren, massive Aktionen zur Weiterbildung im Bereich der energetischen Sanierung von Wohnungen einleiten und Finanzmittel für Haushalte in prekären Lebenslagen bereitstellen.

Lars Porsche unterstrich seinerseits zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Probleme einer Politik zur Steigerung der Energieeffizienz. Dennoch scheine Deutschland, dank höherer Energiepreise und besserer Förderung von Effizienzprojekten und technologischer Forschung, größere Fortschritte zu verzeichnen. Gleichzeitig bestünden auch hier weiterhin Schwierigkeiten, wie zum Beispiel das mangelnde Zusammenspiel zwischen der Energieproduktion - insbesondere der lokal produzierten erneuerbaren Energien (Wind-, Solarkraft und Biomasse) - und der Stadtentwicklungspolitik, beispielsweise der Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik.



Yannick Perez



Lars Porsche

Gesprächskreis 3: *Ist eine gemeinsame Energie-Außenpolitik möglich? Das Beispiel Gas*

Input:

Dominique Finon, Internationales Forschungszentrum für Umwelt und Entwicklung (CIRED), Nogent-sur-Marne

Michael Köhler, Kabinettschef von Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energie, Brüssel

Pierre Noël, Associate Professor, Judge Business School, Cambridge University, Cambridge

Kirsten Westphal, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Moderation: *Sami Andoura*, Senior Research Fellow, Notre Europe - Institut Jacques Delors, Paris

Dominique Finon und Michael Köhler betonten beide, wie wichtig die Motivierung der Mitgliedstaaten und die Bereitstellung von EU-Mitteln für eine echte gemeinsame Energieaußenpolitik seien. Ihrer Ansicht nach sei es ohne Zweifel der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU, der die Situation verändert habe. Für Michael Köhler mache die Erweiterung der EU 2004 um „schwache Länder“ sowie die Energiekrise in Russland und Polen eine europäische Energiepolitik dringend notwendig. Er plädierte daher für den Beginn der Verhandlungen mit Usbekistan und Aserbaidschan und für die Einrichtung eines Mechanismus, der es der Europäischen Kommission erlauben soll, die Abkommen der Mitgliedstaaten im Energiebereich zu kontrollieren.

Derzeit existiere kein wirklicher europäischer Energiebinnenmarkt. Laut Michael Köhler wäre ein Binnenmarkt mit mehr Wettbewerb im Energiesektor ein erster Schritt in Richtung einer gemeinsamen Außenpolitik. Kirsten Westphal bedauerte diesbezüglich, dass auf EU-Ebene keine eindeutige Strategie zur Nutzung und Verwaltung der Infrastruktur existiere und es unmöglich sei, die Versorgung aller Mitgliedstaaten mit Gas zu garantieren. Michael Köhlers Einschätzungen zufolge seien gemeinsame

Leitlinien notwendig, um dies zu erreichen. Kirsten Westphal und Michael Köhler würden sich dennoch die Herausbildung eines Solidaritätsprinzips wünschen, um die Versorgungssicherheit in der EU zu gewährleisten.

Für Pierre Noël hingegen sei keine gemeinsame Gasaußenpolitik vonnöten, weder für die Einfuhr von Gas nach Europa noch für die Versorgungsvielfalt. Er sprach sich zudem gegen eine Übertragung der Ermächtigung zum Abschluss von bilateralen Verträgen aus. Die baltischen Staaten seien von Russland abhängig und bräuchten Europa hierbei weniger. Aus diesem Grund schlug Pierre Noël eine deutsch-französisch-britische Vision mit England als Gaskorridor vor. Selbstverständlich sei der nordeuropäische Gasmarkt eng vernetzt, aber das diesen Markt charakterisierende Vakuum in Verwaltung und Politik stelle eine Gefahr dar. Es sei unbedingt notwendig, der wirtschaftlichen eine politische Realität gegenüberzustellen.

Die Frage der Türkei war ebenfalls Gegenstand der Diskussionen. Nach Ansicht Pierre Noëls sei die Energiefrage das zentrale Thema in den Beziehungen zwischen diesem Land und der EU. Dominique Finon wies darauf hin, dass die Hauptschwierigkeit in diesem Kontext darin bestehe, dass die Türkei ein Transitland sei.



Dominique Finon



Michael Köhler



Kirsten Westphal



Pierre Noël

III. Debatte - *Teure Energie: Gefahr für Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt oder Chance für einen Systemwechsel?*

Josef Auer, Deutsche Bank Research, Frankfurt a.M.

Dominique Bourg, Direktor des Institute of Land Use Policies and Human Environment (IPTEH), Universität Lausanne

Moderation: *Thibaut Madelin*, Korrespondent, Les Échos, Berlin

Im Rahmen der Energiewende wurden in Deutschland besonders energieintensive Unternehmen von der sogenannten EEG-Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes befreit. Dieses Vorgehen stößt jedoch keineswegs auf allgemeine Zustimmung. Wie kommt es, dass trotz höherer Energiepreise in Deutschland das Thema Energiearmut in der Energieversorgung in Frankreich mehr debattiert wird als auf der anderen Rheinseite?

Nach Ansicht von *Josef Auer* verfüge Deutschland über die notwendigen Mittel für eine wirkliche Wende in seiner Energiepolitik, auch weil diese viele positive Auswirkungen auf die Wirtschaft habe. Aber selbst wenn die hohen Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht untergraben würden, so stelle die Energiewende doch für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung ein teures Projekt dar.

Dominique Bourg erinnerte an die Tatsache, dass Energie ein Hauptfaktor der sozialen Ungleichheit bliebe. Innerhalb von zwanzig Jahren sei in Frankreich die Zahl der in Energiearmut lebenden Menschen um 3.500.000 gestiegen und der Teil des Budgets, den Familien für Energie ausgeben, habe sich ebenfalls bedeutend erhöht. Zwar funktioniere die deutsche Energiepolitik gut und die Energiearmut sei in Deutschland nicht so groß wie in Frankreich, dennoch bliebe Solidarität weiterhin

notwendig, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Joseph Auer, für den diese Fragen auf nationaler Ebene geregelt werden sollten, plädierte für eine offensivere Politik gegen Ungleichheiten in Deutschland, die Maßnahmen für diejenigen Haushalte beinhalte, welche die Kosten der Energiewende nicht allein bewältigen können. *Dominique Bourg* fügte hinzu, es sei nicht Aufgabe der Staaten, den globalen Energiemarkt zu kontrollieren, sondern gewisse Regeln zu setzen, insbesondere um eine tatsächliche Solidarität zu sichern.

Dominique Bourg präziserte seine Aussage folgendermaßen: Man dürfe nicht die Tatsache ausblenden, dass die Energiefrage von jedem Land unter Berücksichtigung seines spezifischen kulturellen Kontexts beantwortet werde. Eine weltweit einheitliche Energiepolitik sei daher unmöglich. Zudem könne die Energiefrage nicht ausschließlich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt werden. Es sei nicht zu leugnen, dass die Energiewende auf den technologischen Fortschritt setze. Außerdem würden die Auswirkungen auf die Biosphäre letztendlich an der insgesamt produzierten Energie gemessen und nicht an der nationalen Energieproduktion.

Zum Abschluss unterstrichen sowohl *Dominique Bourg* als auch *Josef Auer* die Bedeutung der Forschung für die Energiewende.



Dominique Bourg



Josef Auer

IV. Debatte: *Chinas Energiestrategie - Welche Konsequenzen für Europa ?*

Naichen Shi, Senior Adviser, Asia Centre, Paris

Jörg-M. Rudolph, stellvertretender Geschäftsführer des Ostasieninstituts, Ludwigshafen

Jean-François Di Meglio, Direktor des Asia Centre, Paris

Pierre Noël, Associate Professor, Judge Business School, Cambridge University, Cambridge

Moderation: *Michael Inacker*, stv. Chefredakteur, Handelsblatt, Berlin

Welche Rolle und welchen Platz nimmt China im weltweiten Energiesystem ein? Welche Implikationen ergeben sich daraus für Europa? Sollten Europa und China zusammenarbeiten? Wenn ja, wie?

Nach Ansicht *Pierre Noëls* seien die Energiestrategien Chinas und Europas grundverschieden. China, ein Land mit starkem Wachstum, habe eine Herangehensweise, die man als quantitativ bezeichnen könne: China gehe es darum, seine Bevölkerung und Produktion mit allen möglichen Mitteln mit Energie zu versorgen. Europas Herangehensweise sei dagegen eher qualitativ, da der Energiebedarf des Kontinents heute mehr als ausreichend gedeckt sei.

Dieser Unterschied erkläre einige Meinungsverschiedenheiten in den internationalen Klimaverhandlungen. Bis vor kurzem gaben die Vereinigten Staaten im Bereich der internationalen Energiesicherheit den Ton an. Das sei nun immer weniger der Fall. Im Übrigen habe China im Gegensatz zur EU eine souveränistische Herangehensweise an die internationale Politik, da es unilaterale Lösungen für den Klimawandel suche, beispielsweise im Fall des Geoengineering, oder bilaterale Lösungen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. *Pierre Noël* war der Ansicht, dass es notwendig sei, China in die globale Energieordnung einzubinden, dies könne zum Beispiel durch die Integration in die Internationale Energieagentur erfolgen. *Naichen Shi* unterstrich, dass China bislang für die steigenden Weltpreise der Mineralöle verantwortlich

gemacht werde. Gleichzeitig habe jedoch das Zurückgreifen Chinas auf Flüssigerdgas (LNG) eine Senkung der Mineralölpreise ermöglicht. Ohne Zweifel blieben Kohle und Öl für China Energieressourcen von großer Bedeutung, wobei Kernkraft und Gas ebenfalls eine wachsende Rolle spielen würden. *Naichen Shi* forderte die Europäer auf, eine pragmatische Haltung gegenüber China einzunehmen und europäische Energietechnologien zu exportieren oder Projekte zur Entwicklung neuer Ölressourcen zu fördern, um – wie im Fall Deutschlands – mit den chinesischen Akteuren zu konkurrieren.

Jörg-Meinhard Rudolph war im Gegensatz dazu der Ansicht, dass China, dessen politische Entscheidungsträger auch in den Entscheidungsgremien der Unternehmen im Energiesektor sitzen, eine expansive und aggressive Strategie führe. Seiner Meinung nach sollte sich Europa den Vereinigten Staaten anschließen und für eine entschlossene Politik gegenüber China plädieren. Insbesondere sollte sich China bemühen, seine Investitionen und Wirtschaftsbeziehungen transparenter zu gestalten.

Jean-François Di Meglio unterstrich daraufhin, dass einige Kooperationsprojekte, welche gut von der chinesischen Führung aufgenommen worden seien, in diesem Kontext denkbar seien. Als Beispiele nannte er den Bereich der Versorgungssicherheit, der nun – da sich die USA stufenweise zurückzögen, da sie weniger abhängig von Energieimporten seien – zugänglicher sei, aber auch die Entwicklung der Stromnetze oder die Energieeffizienz.



Jean-François Di Meglio, Pierre Noël



Jörg-M. Rudolph, Naichen Shi

V. Debatte: Welche Energiewende für Europa ?

Marie-Claire Cailletaud, Leiterin Energiepolitik, Nationale Föderation Bergbau und Energie, FNME-CGT, Montreuil

Benjamin Frémaux, Direktor Strategie und Fusionen-Akquise, AREVA, Paris

Udo Niehage, Leiter Government Affairs und Beauftragter Energiewende, Siemens AG, Berlin

Matthias Grootte, MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Europäisches Parlament, Brüssel

Moderation:

Christian Lequesne, Leiter des Centre d'études et de recherches internationales (CERI), Sciences Po, Paris

Die Energie stand am Anfang des europäischen Einigungsprozesses. Während Deutschland und Frankreich den fünfzigsten Jahrestag des Elysée-Vertrags feiern, bleibt die wichtigste Frage, wie eine deutsch-französische und eine europäische Kooperation in diesem Bereich entstehen kann.

Die Energiewende, darin war sich das Podium einig, müsse sowohl für die Verbraucher als auch für die Gesamtwirtschaft finanziell tragbar sein. Dies sei für die soziale Kohäsion sowie für die Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung. Die Energiewende berge ein Dilemma für die europäische Energieindustrie, wie *Udo Niehage* anmerkte: Einerseits profitiere der Sektor von den technologischen Innovationsmöglichkeiten, die durch die Energiewende gefördert würden. Andererseits müsse sich die Energieindustrie den Erfordernissen der international wettbewerbsfähigen Energiepreise unterordnen.

Die Vertiefung einer gemeinsamen Energiepolitik blieb das Thema, das am meisten Fragen und Diskussionspunkte aufwarf. Vom technischen Standpunkt her unterstrich *Marie-Claire Cailletaud* die Bedeutung gemeinsamer

Bemühungen um Effizienz, Speicherung und Entwicklungsforschung. *Udo Niehage* schlug eine Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs vor, um kostengünstigere Technologien und technische Standards für „smart grids“ (intelligente Netze) zu entwickeln.

Benjamin Frémaux plädierte für eine öffentliche Politik mit einer klaren Vision hinsichtlich der künftigen Wahl von Energieressourcen sowie für einen stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmen. *Udo Niehage* rief dazu auf, europäische Standards zu entwickeln, um Investitionen in Innovation weiter zu fördern, und so europäische Unternehmen schrittweise zu Marktführern zu machen, was heute weder der Rechtsrahmen noch die Wettbewerbspolitik ermöglichten.

Schließlich merkte *Matthias Grootte* an, dass öffentliche Gelder nicht an Unternehmen vergeben werden sollten, die nicht mehr in Europa produzieren, wie beispielsweise im Fall der Produktion von Solaranlagen. Vom politischen Standpunkt her sollten die Entscheidungen der Mitgliedstaaten Teil einer breiten, auf europäischer Ebene definierten Strategie sein, um gemeinsame Interessen zu verteidigen, vor allem im Bereich des Klimaschutzes.



Marie-Claire Cailletaud, Benjamin Frémaux, Christian Lequesne, Matthias Grootte, Udo Niehage

Nach seiner Ansicht müsse sich Deutschland bewusst werden, dass der Beschluss des sofortigen Atomausstiegs 2011 von seinen europäischen Partnern nicht immer positiv aufgenommen bzw. nicht verstanden wurde. Er rief zu einer Politik „Frankreich-Deutschland 2.0“ auf, die auf Wertschöpfung beruhe, zum Beispiel durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten. Die Kooperation solle auch auf die Entwicklung grenzüberschreitender Stromnetze erweitert werden, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der verstärkten Versorgungssicherheit in Osteuropa.

Bezüglich der Frage der nationalen Souveränität blieben Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während sich einige Panelisten für mehr Föderalismus aussprachen, kritisierte *Marie-Claire Cailletaud* die Schwächung der nationalen Souveränität im Energiebereich und sprach sich für einen zwischenstaatlichen Handlungsspielraum der EU-Mitgliedstaaten aus. Damit diese Energiepolitik erfolgreich und für die gesamte europäische Bevölkerung gewinnbringend werde, sei es unumgänglich, soziale Folgeabschätzungen in jede energiepolitische Entscheidung einzubeziehen.



Marie-Claire Cailletaud



Benjamin Frémaux, Christian Lequesne



Marie-Claire Cailletaud, Benjamin Frémaux, Christian Lequesne, Matthias Groot, Udo Niebage

III. Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog

